



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSTREISE
NACH BULGARIEN
25./26. JANUAR 2016



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Bulgarien, 25./26. Januar 2016

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) elf EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur EU-Politikgestaltung zu leisten. Die Mitglieder der Delegation in Bulgarien waren Jewgeni Ivanov (Bulgarien, Gruppe Arbeitgeber), Veselin Mitov (Bulgarien, Gruppe Arbeitnehmer) und Bogomil Nikolov (Bulgarien, Gruppe Verschiedene Interessen), unterstützt von Milen Minchev vom Sekretariat des EWSA.

1. Schlussfolgerungen

Es wurde keine Feindseligkeiten oder Gewalt zwischen der bulgarischen Bevölkerung und Asylbewerbern gemeldet. 2015 wurden in Bulgarien 20 391 Asylanträge gestellt, fast doppelt so viele wie im Jahr 2014, als 11 081 Asylanträge eingingen. Die Aufnahmekapazität liegt landesweit bei 5 130 Plätzen, während die absolute Maximalkapazität auf 10 000 Plätze geschätzt wird. Ein verstärkter Migrationsstrom wird als nicht zu bewältigen angesehen. In den letzten Monaten ging die Zahl der Syrer, die im Jahr 2015 noch 31% aller Flüchtlinge ausmachten, schrittweise zurück (im Januar 2016 waren es 11%). Viele der Flüchtlinge heute sind Iraker und Afghanen, darunter ein großer Anteil Minderjähriger. Die meisten Migranten, die bulgarischen Boden betreten, führen keine Ausweispapiere mit sich.

Nach Angela Merkels Ankündigung im September 2015 war ein bemerkenswerter Wandel in der Haltung der Flüchtlinge zu vermerken. Viele Menschen, die sich in Aufnahme- oder Registrierungseinrichtungen befanden, verließen diese. Während diese Zentren noch kurz zuvor voll belegt waren, hielten sich im Januar 2016 nur noch einige Hundert Asylbewerber in Bulgarien auf. Die große Mehrheit der Asylbewerber zog entweder ihren Antrag zurück oder verließ das Land, bevor ihnen der Flüchtlingsstatus gewährt wurde. Tatsächlich beantragten nur 66% der 31 000 Menschen, die 2015 ins Land kamen, Asyl. Seit Ende des Sommers 2015 sind die meisten Menschen, die nach Bulgarien kommen, nun keine Asylbewerber mehr, sondern Wirtschaftsmigranten. Von 2 000 Flüchtlingen waren 80 Einzelpersonen. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen umgekehrt.

Zu den bewährten Verfahren in der Arbeit der Behörden gehören die Dezentralisierung der Flüchtlingsregistrierung, die Einführung von Registrierungsaußenstellen bei den Grenzeinrichtungen und 13 EURODAC-Einrichtungen zur Erfassung von Fingerabdrücken, die die Registrierungsdauer erheblich verkürzten. Ein weiterer Erfolg war, dass die Dauer des Asylverfahrens von 2,5 Monaten auf 2 Monate verkürzt werden konnte. Die jüngsten Verbesserungen deuten darauf hin, dass die Bearbeitungszeit in Zukunft noch weiter verringert werden kann. Den Behörden ist es gelungen, alle Flüchtlinge, die in Bulgarien eingereist sind, zu registrieren. Die striktere Regeleinhaltung könnte Flüchtlinge in Zukunft davon abhalten, die Route über Bulgarien einzuschlagen.

Bulgarien ist nicht Teil des Schengen-Raums, sichert jedoch die Außengrenzen der EU. Dieses Missverhältnis zwischen Rechten und Pflichten führt zu Kontroversen. Die Sozialpartner argumentieren, dass es zwar die Pflicht des Landes sei, die Grenzen des Schengen-Raums zu schützen, es jedoch nicht die notwendige Unterstützung und Anerkennung erhalte und die Einwohner nicht vom Schengen-Raum profitieren. Wenn bulgarische Staatsangehörige von der Notwendigkeit überzeugt werden sollen, die Schengen-Grenzen zu schützen, ist die Unterstützung der Regierung dringend erforderlich.

Flüchtlingsströme sind eine relativ neue Herausforderung für die bulgarische Gesellschaft, was teilweise erklärt, warum der Staat nicht vollständig in der Lage ist, allen Aspekten wirksam zu begegnen. Bulgarien trifft gegenwärtig Vorkehrungen für die Neuansiedlung mehrerer Syrer, Eritreer und Iraker, die Anfang Februar eintreffen sollen. Insgesamt sollen 1 500 Personen neuangesiedelt werden. Asylbewerber in Bulgarien haben häufig keine Bildung genossen und sind teilweise Analphabeten in ihrer Muttersprache, wodurch die Integration erschwert wird. In Deutschland haben 30% der Migranten ein höheres Bildungsniveau, während in Bulgarien im Vergleich nur 2-3% der Migranten darüber verfügen. Zwischen den Behörden und den NGO herrscht Uneinigkeit über das Angebot an Sprachkursen für Asylbewerber. NGO berichten, dass bestimmte Dienste, darunter Kinderbetreuung, nicht für Flüchtlinge, sondern nur für diejenigen zur Verfügung stünden, die bulgarisch sprechen und schon auf dem Arbeitsmarkt integriert sind. Das größte Hindernis für die Integration sei das Fehlen eines nationalen Aktionsplans, um Bulgarischkurse anzubieten und die soziale Anpassung und kulturelle Orientierung zu erleichtern. Die Erfahrung von NGO werde bei der Entwicklung von nationalen Flüchtlings- und Migrationsstrategien nicht berücksichtigt. Stattdessen sei das Vorgehen planlos.

Aufgrund des Mangels an Mitarbeitern und der nötigen Infrastruktur zur Sicherung der Grenze zur Türkei wurde ein 65 km langer Zaun errichtet (die gesamte Grenzlänge zur Türkei beträgt 270 km) und einer Verlängerung um 30 km wurde zugestimmt. Das Innenministerium gibt 20% seines Haushalts für den Grenzschutz aus. Die Kosten für den Schutz der EU-Außengrenzen werden laut dem Bericht nicht von der EU berücksichtigt. Die EU weigere sich, einen Teil der Finanzierungskosten des Zaunbaus zu tragen.

2. Zusammenfassungen der Treffen

a) Zusammenkunft im Innenministerium

Zehntausende Migranten haben die Grenzen nach Bulgarien überquert, 31 000 von ihnen wurden erfasst und registriert. Die Zahl könnte verringert werden, wenn das Land über ausreichende Mittel für den Grenzschutz verfügen würde. Allein für den Schutz der Grenze zur Türkei werden 800 weitere Mitarbeiter benötigt, für deren Einstellung jedoch keine EU-Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund der unzureichenden Infrastruktur in den gebirgigen Teilen des Grenzgebiets ist die Reaktionsfähigkeit der Grenzpatrouillen erheblich beeinträchtigt. Eine Forststraße kostet

100 000 EUR pro Kilometer und 30 Millionen EUR wurden bereits investiert. Voraussichtlich trägt die EU 40 Mio. EUR zum Grenzschutz bei und stellt 32 Mio. EUR für polizeiliche Zusammenarbeit bereit. Obwohl Regierungen finanzielle Soforthilfe zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms beantragt haben, wurden für ganz Europa nur 20 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Der Antrag Bulgariens auf 2 Mio. EUR wurde 2015 abgelehnt, da keine ausreichenden Beweise für eine Änderung der Migrationsströme vorgelegen hätten. Im August war zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eine Umgestaltung der Grenzkontrollen erforderlich. Bulgarien beantragte finanzielle Soforthilfe, da die Grenzbehörden 15 bis 20 Mio. EUR pro Jahr allein für Übersetzungsdienstleistungen und Fahrzeuge benötigen. Eine Antwort wird für den nächsten Finanzierungszeitraum erwartet. Theoretisch sind 30 bis 40 Mio. EUR pro Jahr notwendig, um genügend Personal und ausreichende logistische Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wurde kein bedeutender Wandel an der Grenze zu Griechenland (die länger als die zur Türkei ist) vermerkt. Hier werden weder Investitionen vorgenommen, noch gibt es EU-Mittel für die EU-Binnengrenzen.

Zwischen 2013 und 2014 waren die Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen voll ausgelastet, und die Flüchtlinge verblieben auch dort. Die Ausgaben für die Anmietung von Privatunterkünften und für Bemühungen, die Integration von Flüchtlingen einzuleiten, beliefen sich auf 1,5 Mio. EUR. Im September/Oktober wurde ein neues System eingerichtet, mit dem der Flüchtlingszustrom schneller und effizienter bewältigt werden kann. Im Vergleich zum Registrierungsverfahren für Migranten in den USA, wo 15 Nachrichtendienste an den Interviews beteiligt sind und das Verfahren bis zu zwei Jahre dauert, werden die Migranten in Bulgarien von nur zwei Diensten befragt. Ein Anteil von 0,1% der Migranten wird als hohes Sicherheitsrisiko eingestuft; sie können in die Türkei oder nach Syrien abgeschoben werden (Afghanistan und der Irak haben keine Abschieberegulungen mit der EU).

Die derzeitigen internationalen Initiativen, einschließlich der mit 3 Mrd. EUR ausgestatteten EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei, betreffen nur die syrischen Flüchtlinge. Die aktuell größten Gruppen von Asylbewerbern stammen hingegen aus Afghanistan und dem Irak. Die bulgarische Aufnahme- und Registrierungseinrichtung Elhovo ist ein Hotspot, auch wenn einige sich davor sträuben, sie so zu bezeichnen. Ein wesentlicher Aspekt ist das Recht auf Rückführung von Migranten in die Türkei. Es wurde bereits ein Abkommen unterzeichnet, das ursprünglich 2018 in Kraft treten sollte, jetzt jedoch voraussichtlich schon im Sommer 2016. Es gibt keinen legalen Weg, Flüchtlinge am Überschreiten der EU-Außengrenzen zu hindern. Es besteht eine Verpflichtung zur Nichtausweisung oder Rückführung. Wenn die Türkei als sicherer Herkunftsstaat gilt, sollte Bulgarien Migranten in die Türkei zurückführen können, was – wie die bulgarischen Behörden hoffen – eine legale Lösung sei, um die Migrationsströme zu stoppen.

Die Behörden haben für die Integration in den kommenden sieben Jahren 2 Mio. EUR erhalten. Die vorhandenen Mittel stehen benachteiligten Gruppen zu. Sprachunterricht wird anders als in Deutschland nicht angeboten, obwohl Investitionen in intensive Sprachkurse für Asylbewerber, die in Bulgarien bleiben, nötig sind, um die Integration voranzutreiben.

Kürzlich haben der für Inneres zuständige Vizepremierminister und der für Arbeit und Soziales zuständige Vizepremierminister an zwei wichtigen Diskussionen teilgenommen: Eine davon wurde mit vier Arbeitgeberorganisationen und zwei Gewerkschaften geführt, während an der anderen das Rote Kreuz, das UNHCR und EU-Botschafter teilnahmen. In den Diskussionen wurde erörtert, wie die Sozialpartner und die Regierung zur sozialen Integration der Asylbewerber und zu ihrer Integration in den Arbeitsmarkt beitragen können. Ihr gemeinsamer Standpunkt ist, dass die Integrationsinitiativen nicht den Arbeitsmarkt beeinträchtigen dürfen. Dies bedeutet, dass Flüchtlinge nur in Nischen auf dem Arbeitsmarkt eingegliedert werden dürfen, in denen akuter Bedarf besteht, was beispielsweise der Fall bei Outsourcing-Unternehmen und in der Textilindustrie und im Baugewerbe ist. Es wurde noch nicht festgelegt, ob das Innenministerium oder das Ministerium für Arbeit und Soziales für die Integration von Flüchtlingen zuständig ist.

b) Besuch in der Aufnahmeeinrichtung in Voenna Rampa, Sofia

Die einzelnen Schritte bei der Registrierung von Asylbewerbern scheinen effizient zu funktionieren. Zuweilen lassen Widersprüche zwischen den Angaben aus den Befragungen durch die zwei Nachrichtendienste Bedenken über ihre Richtigkeit aufkommen. Dolmetscher werden zu einem Stundenlohn von 13 EUR eingesetzt. Die Flüchtlinge sind umfassend informiert und "kennen die Gesetze offenbar besser als die Grenz- und Einwanderungsbehörden". In der Einrichtung sind derzeit etwa 100 Menschen untergebracht. In den letzten Wochen stammten die meisten Flüchtlinge aus Afghanistan. Im Anschluss an die Aussagen der deutschen Behörden im September, dass Migranten willkommen seien, sank die Anzahl der Bewohner in der Einrichtung innerhalb von zwei Wochen von 850 auf 200. Die meisten wählten den vom Roten Kreuz eingerichteten Korridor durch Serbien, während einige eventuell das Land mit Hilfe von Schleusern über die Grenzübergänge in Kalotina und Dragoman verließen.

Eine bewährte Praxis ist es, ankommende Flüchtlinge nach Nationalitäten zu trennen und in unterschiedliche Einrichtungen zu schicken. So werden ethnische und soziale Spannungen, die vorher aufkamen, vermieden. Neu eingetroffene Flüchtlinge bleiben in der Regel wenige Tage in der Einrichtung, die sie, da es sich um eine offene Einrichtung handelt, jederzeit verlassen können. Im Juli 2015 beherbergte die Einrichtung 900 Menschen, zumeist Syrer, Afghanen und sonstige Flüchtlinge arabischer Herkunft. Die Behörden kommunizierten mit gewählten Vertretern der Bewohner der Unterkunft. Es gab ebenfalls einen "Ältestenrat", was sich jedoch im September änderte. Familien und Einzelpersonen werden auf unterschiedlichen Stockwerken untergebracht. Die Sicherheitslage auf allen Stockwerken sowie das Fehlen von jeglichem Personal außerhalb der Arbeitszeiten ist problematisch.

Jüngsten Berichten zufolge haben die meisten Flüchtlinge Geld bei sich, wenn sie in die Einrichtung kommen, und erzielen Einkünfte während ihres Aufenthalts. Einige verfolgen kaufmännische Tätigkeiten, andere bieten Dienstleistungen z.B. in Restaurants an. Die Integration erweist sich aufgrund von unterschiedlichen Werten und Vorstellungen über die Behandlung von Frauen als schwierig. Der typische Asylbewerber ist männlich und zwischen 15 und 35 Jahre alt. Einige haben

mehrere Ehefrauen, was zu Problemen bei der Registrierung des Familienstands führt. Die Einrichtung verfügt über eine vom UNHCR finanzierte Küche, in der dreimal täglich an muslimische Gebräuche angepasste Mahlzeiten serviert werden. Die Zuständigen der Einrichtung fürchten, dass März und April wegen eines erneuten Zustroms von Flüchtlingen schwierige Monate werden.

c) **Besuch der Aufnahme- und Registrierungseinrichtung in Harmanli**

Die Einrichtung in Harmanli ist die größte Einrichtung Bulgariens und verzeichnete aufgrund der Nähe zur türkischen Grenze den größten Flüchtlingsstrom. Die Einrichtung ist in der Lage, durchschnittlich 35-40 Personen pro Tag zu registrieren. Im Januar 2016 wurden 20 Personen pro Tag registriert. Zu Spitzenzeiten vom 18. September bis zum 30. Oktober nahm die Einrichtung täglich die Daten von 110 Migrant*innen auf. Nach Angela Merkels Ankündigung im September kam es zu Krawallen, da neu eingetroffene Flüchtlinge sich weigerten, Fingerabdrücke abzugeben, weil sie nicht in Bulgarien registriert werden wollten.

Obwohl Dolmetscher für andere Sprachen verfügbar sind, stellt die Suche nach kurdisch-sprachigen Dolmetschern für die neu eintreffenden Kurden eine weitere Herausforderung dar, besonders aufgrund der Tatsache, dass Harmanli weit entfernt (250 km) von Sofia liegt. Die meisten Frauen in der Einrichtung sind Kurdinnen und viele von ihnen sprechen kein Arabisch. Finanzielle Mittel für Dolmetscher kommen vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (zu 80% von der EU und zu 10% von der Regierung finanziert). Dolmetscher werden derzeit mit einjährigen Verträgen angestellt, während bis vor kurzem Monatsverträge üblich waren.

Die Einrichtung verfügt seit Januar 2015 über eine eigene Küche, in der kulturell angemessene Mahlzeiten zubereitet werden. Vorher wurde das Essen extern vorbereitet. Umfangreiche Renovierungsarbeiten sind erforderlich. In Bezug auf die Sicherheit kam es zu keinerlei Spannungen zwischen den Migrant*innen und der lokalen Bevölkerung. Vandalismus kann nicht verhindert werden, da die Sicherheitskameras es dem Personal nicht erlauben, den Verantwortlichen auszumachen. Die finanziellen Mittel reichen nicht aus, um mehr Sicherheitspersonal einzustellen, obwohl dies zur Sicherheit der Einrichtung beitragen würde. In der Unterkunft sind Sozialarbeiter und ein Arzt tätig und es besteht für die Migrant*innen die Möglichkeit, eine psychologische Behandlung oder einen Krankentransport in Anspruch zu nehmen. Wenn die bestehenden Programme jedoch nicht verlängert werden, fehlen für diese Dienste die Mittel. Die Einrichtung verfügt über einen Gebetsraum, doch viele Bewohner praktizieren ihren Glauben nicht. Hilfsorganisationen kritisieren, dass jede Glaubensrichtung einen gesonderten Gebetsraum benötige.

Lokale Unternehmen haben sich über neue Kunden gefreut und halten es für bedauerlich, dass die Asylbewerber die Region im September 2015 verlassen haben. Im Hinblick auf die Integration haben vor September eine Vielzahl von Flüchtlingen Unternehmen gegründet (ein Geschäft und verschiedene Dienstleistungsunternehmen). Heute besteht allerdings nur noch ein Schnellimbiss. Insgesamt haben 57 Menschen einen Arbeitsplatz gefunden, davon 21 in der verarbeitenden Industrie. Eine Herausforderung bei der Arbeitsvermittlung ist, dass die Behörden ohne Einsicht in die Papiere

der Flüchtlinge nicht feststellen können, über welche Fähigkeiten sie verfügen. Die Mehrheit der derzeitigen Bewohner der Einrichtung hat lediglich eine vierjährige Grundschulausbildung abgeschlossen.

Da Bulgarien keine soziale Unterstützung leistet, machen sich Asylbewerber in andere Länder auf und verlassen die Einrichtung nach zwei bis vier Monaten. Der Leiter der Einrichtung berichtete, dass einige unbegleitete Minderjährige vorausgeschickt werden, da sie einen gesetzlichen Schutz genießen. Sobald sie den Flüchtlingsstatus erlangt haben, können sie einen Familiennachzug beantragen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sich ihre Angehörigen in einem Drittland befinden, das nicht als gefährlich gilt und sie daher keinen Anspruch auf die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus haben.

d) **Zusammenkunft im Arbeits- und Sozialministerium**

Ein Hauptproblem besteht darin, dass die Flüchtlinge über keine grundlegenden Bulgarischkenntnisse verfügen, die ihnen Zugang zu Dienstleistungen ermöglichen und den ersten Schritt zur Integration darstellen (sich als Arbeitssuchender registrieren lassen, Berufsorientierung in Anspruch nehmen und Umschulungsmöglichkeiten wahrnehmen). Nach Angaben von NGO sind Asylbewerber im Nachteil, da sie keinen Gebrauch von ihren Rechten machen können, weil niemand sie betreuen oder ihnen erklären kann, wie sie verschiedene soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Vor einem Jahr wurde eine gemeinsame Strategie für "Asyl, Migration und Integration" entwickelt, indem die drei bisherigen nationalen Strategien vereint wurden.

Ein entscheidender Schritt bei der Integration in den Arbeitsmarkt ist es, den Qualifikationsbedarf der Unternehmen vor Ort zu ermitteln. Beispielsweise passte das Profil von drei Näherinnen, die kürzlich als Flüchtlinge gekommen waren, auf drei Stellenangebote bei einem kleinen lokalen Textilhersteller. Mit dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) bestehen Finanzierungsmöglichkeiten für Integrationsmaßnahmen. Es gibt einen nationalen Rat für Migration und Integration, dessen Ziel es ist, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der regulären und irregulären Migration in Angriff zu nehmen. Darin vertreten sind das Arbeitsministerium und das dazugehörige Statistikamt und die im Innenministerium angesiedelten Ämter für Flüchtlinge, Migration, Grenzschutz und nationale Sicherheit. Die Sozialpartner sind hingegen nicht beteiligt.

Die Integrationsbemühungen müssen unbedingt koordiniert werden. Eventuell müsste ein neues Verwaltungsorgan geschaffen werden, das die Bemühungen der verschiedenen Ministerien vereint. Die Einrichtung einer Kommission für Integration, deren Ziel es ist, das Qualifikationsangebot der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zuzuordnen, wird diskutiert. Regionale Behörden sind von entscheidender Bedeutung, da die Bürgermeister sowohl die Situation in ihren Regionen und Städten als auch die zur Verfügung stehenden Mittel genau kennen.

e) **Zusammenkunft mit der Internationalen Organisation für Migration**

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) verweist auf die Informationszentren für Migranten, die ein breites Spektrum an Beratung zu den Themen Zugang zum Gesundheitswesen und berufliche Qualifikationen anbieten. Außerdem bemüht sich die Organisation, mit einem weitgefächerten, multikulturellen Programm über die Funktionsweise des bulgarischen Staats und der bulgarischen Gesellschaft zu informieren. Die IOM hält die bulgarischen Kapazitäten zur Integration von Flüchtlingen für ausreichend. Zu der Frage, ob Flüchtlinge nach Ende eines Konflikts in ihr Herkunftsland zurückkehren, gibt die IOM an, dass 25-30% der damaligen Flüchtlinge mit Wiederherstellung des Friedens in den 1990er Jahren in ihre Heimatländer des ehemaligen Jugoslawiens zurückgekehrt seien. Nur 200 der 8 000 Flüchtlinge, die durch Bulgarien nach Deutschland gelangt sind, wurden zurückgeschickt. Das bedeutet, dass die Dublin-Verordnung kein großes Risiko einer Massenrückführung von Flüchtlingen in das Land birgt.

Die IOM hat über die letzten Monate hinweg einen Wandel in der Art der Flüchtlinge vermerkt. Die Mehrheit der Flüchtlinge verfügt über keinerlei Arbeitserfahrung und ein niedriges Bildungsniveau. Integration ist sehr schwierig geworden, da die meisten von ihnen nicht bereit sind, sich in die Gesellschaft einzufügen, und keine Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen. Sie sind der Auffassung, dass es Aufgabe des Sozialfürsorgesystems sei, für sie zu sorgen. Zurzeit sind die meisten von ihnen nicht daran interessiert, Bulgarisch zu lernen und zeigen wenig Engagement, ihre Situation zu verbessern, obwohl sie offenbar nicht über ausreichende Mittel verfügen. Nach IOM-Angaben sollten Länder wie Bulgarien, die an den EU-Außengrenzen liegen, klare Rechte und Pflichten zugewiesen bekommen und angemessene Ressourcen für den Schutz der Außengrenzen erhalten. Dazu gehören finanzielle Mittel, Personal usw. Des Weiteren sollten neue, aktive Maßnahmen gegenüber der Türkei unternommen werden, um den Migrationsfluss nach Europa unter Kontrolle zu bringen.

f) **Zusammenkunft mit Vertretern der Flüchtlingsbehörde beim Ministerrat**

Zum Asylverfahren ist zu sagen, dass nur 30% der 20 391 Menschen, die 2015 Asyl beantragt haben, im Land geblieben sind, um den Ausgang des Verfahrens zu erfahren. In den meisten Fällen verließen die Migranten Bulgarien vor Verfahrensende. Die Flüchtlingsbehörde verfügt derzeit über eine landesweite Unterkunftskapazität von 5 130 Plätzen: Die Einrichtungen in Sofia stellen 2 100 Plätze, die Einrichtung in Harmanli stellt 2 710 und die Transiteinrichtung in Pastrogor 300 Plätze zur Verfügung. Im Sommer 2015 brachte die Behörde 4 500 Flüchtlinge unter, d.h. die Einrichtungen waren zu 80% ausgelastet. Derzeit beherbergt die Einrichtung in Harmanli nur 120 Personen. Es gibt bereits finanziellen Druck auf den Staatshaushalt. Ein erhöhter Flüchtlingszustrom wird nicht zu bewältigen sein. Die Behörde kann innerhalb einer Woche ihre Kapazität auf 6 000 Plätze ausweiten. Insgesamt kann das Land derzeit Unterkünfte für maximal 10 000 Personen bereitstellen. Die Verwaltung verfügt jedoch nicht über die Kapazitäten, um mit dieser Menge an Flüchtlingen effizient zu arbeiten.

Die Behörde hat die Registrierung der Flüchtlinge dezentralisiert und verfügt jetzt über Registrierungsaußenstellen bei den Grenzeinrichtungen und 13 EURODAC-Zentren zur Erfassung von Fingerabdrücken, die die Registrierungsdauer erheblich verringert haben. Das Asylverfahren konnte von zweieinhalb Monaten auf zwei Monate verkürzt werden. Investitionen von 9,8 Millionen EUR, die über zwei Jahre in die Aufnahme von Flüchtlingen in Bulgarien getätigt wurden, haben es der Behörde ermöglicht, 50 Mitarbeiter für ein Jahr einzustellen und die Unterbringungskapazität um 400 Plätze in Mobilunterkünften zu erweitern. Ein anderes Lager wird derzeit gebaut, doch wurden die Arbeiten wegen der Gespräche mit der Kommission vorerst ausgesetzt.

Neunzig Prozent der Flüchtlinge in Bulgarien betraten das Land über die grüne Grenze, während heute nur 50% diesen Weg und die verbleibenden 50% den Weg über Grenzkontrollstellen wählen. Die Behörde hat Schwierigkeiten, qualifizierte und vor allem vertrauenswürdige Dolmetscher insbesondere für Urdu, Paschtu, Persisch und Kurdisch zu finden. Dies erweist sich besonders in den Einrichtungen außerhalb der Hauptstadt als schwierig. Die Behörde fand heraus, dass Flüchtlinge einem Schleuser 3 000 EUR zahlen müssen, um durch Bulgarien gebracht zu werden, und 1 200 EUR für die Durchquerung Griechenlands. Eine der größten Herausforderung bei der Integration ist das Fehlen eines nationalen Aktionsplans. Gleichzeitig müssen Flüchtlinge Bulgarischunterricht sowie Hilfestellung bei der sozialen Anpassung und der kulturellen Orientierung erhalten.

g) **Zusammenkunft mit Hilfsorganisationen**

Teilnehmende Organisationen: bulgarische Stiftung Help the Needy; UNHCR; Caritas Sofia; Council of Refugee Women in Bulgaria; bulgarische Stiftung für Zugang zu Rechten (FAR); Rechtsberatungsstelle Voice in Bulgaria; Stiftung Bulgarische Anwälte für Menschenrechte (BAPCh); Centre for European Refugee Migration and Ethnic Studies (CERMES) im Institut für Politikwissenschaften der Neuen Bulgarischen Universität.

- Eine der NGO hat eine Kommission für Spenderzusammenarbeit eingerichtet, Programme erstellt, deren Ziel die Sozialisierung und Integration in die örtliche Gemeinde ist, und Betreuungsprogramme für unbegleitete Minderjährige ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit Bildungsorganisationen hat die NGO eine Broschüre "Flüchtlinge – hilfs- und schutzbedürftige Menschen" veröffentlicht, Hochschulkurse zum Thema Flüchtlingsrecht organisiert und regionale Seminare über soziale Dienste in der Migrations- und Flüchtlingskrise veranstaltet, die von Vertretern von NGO, lokalen Behörden und Polizeibeamten besucht wurden.
- Die Betreuung von Flüchtlingen kann nicht allein vom Gesetz und den Institutionen gewährleistet werden. Daher besteht Bedarf an NGO, die im öffentlichen Interesse dem Staat helfen, indem sie einige Probleme, die mit dem Flüchtlingszustrom auftreten, angehen. NGO fordern die Einrichtung eines situationsbedingten Krisenrats für Migrations- und Flüchtlingsfragen, der Rechts- und Sozialdienstzentren aufbauen würde. Staatliche Institutionen arbeiten nicht partnerschaftlich mit NGO zusammen, um ein Bildungsprogramm zu erstellen, im Rahmen dessen Sprachkurse verbunden mit Aus- und

Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Eine NGO hat versucht, Nachrichten in der Muttersprache der Flüchtlinge bereitzustellen sowie eine Sondersendung über die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen zu gestalten.

- NGO haben Bedenken über den sicheren Zugang zum bulgarischen Territorium. Beispielsweise besteht Skepsis gegenüber Grenzzäunen usw. Die Einhaltung der Menschenrechte wird aufmerksam beobachtet, da das Risiko besteht, dass Grenzbehörden Migranten ohne die Möglichkeit einer Asylantragsstellung einfach zurückweisen. Jeder, der internationalen Schutz braucht, muss Zugang zum Staatsgebiet gewährt bekommen. Setzt sich der Flüchtlingsstrom über die Route über Mazedonien, Kroatien und Slowenien 2016 fort, könnte es zu einer Notsituation in Bulgarien kommen. Die NGO stehen im Dialog mit den Behörden, um sicherzustellen, dass unbegleitete Minderjährige, die zum größten Teil aus Afghanistan stammen, angemessen versorgt werden. Die Behörden folgen keinem festen Verfahren beim Umgang mit Minderjährigen, die im Land bleiben. Eine der Hauptsorgen ist, dass sie Schleppern gegenüber schutzlos sind.
- Trotz der Diskussion über eine Integrationsstrategie gibt es kein derartiges Programm für Menschen, denen Schutzstatus gewährt wurde. Dies ist der Grund, weshalb so viele Flüchtlinge das Land wieder verlassen, was geändert werden muss. Es besteht kein Dialog zwischen den Behörden und den NGO. Ein Fortschritt wäre eine effektive Debatte mit konkreten Ergebnissen. Den NGO zufolge wären EU-Mittel für Integration verfügbar, wenn die Behörden diese beantragen würden. Im Jahr 2015 hat der Staat weder Sprachkurse noch Berufsausbildungen finanziert. Es oblag stattdessen internationalen Hilfsorganisationen, Sprachkurse anzubieten. Flüchtlinge finden lediglich informelle Arbeit innerhalb ihres Umfelds, ohne einen Vertrag zu unterschreiben, oder sie sind auf die Hilfe von Freunden angewiesen.
- Zu Krisenbeginn im Jahr 2013 haben NGO sowohl humanitäre Hilfe in der Flüchtlingseinrichtung in Harmanli geleistet als auch Integrationsaktivitäten und einen Informationsdienst für Menschen mit Flüchtlingsstatus organisiert. Sie fordern vom Staat, dass dieser allen Asylbewerbern Zugang zu Sozialdiensten ermöglicht und Rechtsschutz gewährt, da sie der Schule eine Schlüsselfunktion bei der Integration von Kindern zuschreiben. Um die Umstände zu verbessern, setzen sie sich für ein besonderes Programm ein, in dem sie in Zusammenarbeit mit Migrationsaufsichtsbehörden Flüchtlingskinder betreuen.
- Erfahrene Flüchtlinge informieren Neuankömmlinge darüber, dass es in Bulgarien keinerlei Unterstützung oder Integrationsprogramme gibt (viele haben drei bis fünf Kinder, eine Familie sogar elf) und dass Mietraum schwer zu finden ist usw. Ohne diese Informationen würden diese Neuankömmlinge eventuell in Bulgarien bleiben wollen. Als Folge daraus verlassen sie das Land. Ein Beispiel sind Sozialwohnungen: Um dieses Angebot in Anspruch nehmen zu können, muss einer der Ehegatten die bulgarische Staatsbürgerschaft besitzen und bereits im Land gearbeitet haben. Ein weiteres Beispiel sind Kindergärten, da Flüchtlingskinder kein Recht auf einen Kindergartenplatz haben und selbst bulgarische Bürger Schwierigkeiten haben, einen Platz für ihr Kind zu finden.

- Die Unterbringung in einem geschlossenen Auffanglager ist keine gute Art, den Integrationsprozess eines Asylbewerbers in die Aufnahmegesellschaft zu beginnen. NGO zeigen Beispiele von den negativen psychologischen Auswirkungen, die der 14-tägige Aufenthalt in einem Lager hat. Die bulgarischen Gerichte haben offiziell keinen Fall von Menschenrechtsverletzung behandelt. Im Verfahren sollte genügend Zeit bleiben, damit die Rechte in der Muttersprache erklärt und die Dokumente und Informationsbroschüren in Ruhe mit dem Rechtsberater durchgegangen werden können. Sehr wenige Asylbewerber gehen gegen Asylentscheidungen in Berufung, da sie keinen Zugang zu Rechtsberatung haben. Die Verhältnisse sind in Grenzregionen sogar noch problematischer. Da die gesamte Rechtsberatung für Asylbewerber ehrenamtlich geleistet wird, wäre die Finanzierung dieses Dienstes durch den Integrationsfonds eine effektive Lösung.
- NGO sprechen sich für einen Wechsel von Migration zu Mobilität mittels eines systematischeren Gebrauchs von Instrumenten wie dem Migrapass-Projekt im Rahmen des EU-Programms für lebenslanges Lernen aus. Das Projekt würde eine effektive Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen, da es die einzigartigen Erfahrungen der Migranten einbezieht und dabei hilft, die bestehenden Fähigkeiten festzustellen oder Wissenslücken zu füllen.
